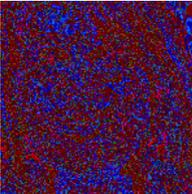




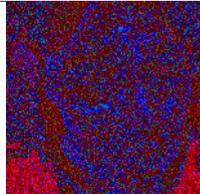
AARGAUER ZEITUNG

— DIE NORDWESTSCHWEIZ —



Inland Chantal Galladé als Ueli Maurers Verbündete

Die SP-Nationalrätin will dem Nachrichtendienst mehr Kompetenzen geben. **Seite 6**



Sport René Weiler und das grosse Hin und Her

Bleibt er in Aarau oder trainiert er schon bald die Grasshoppers? **Seite 13**

■ *Es ist jetzt genau 80 Jahre her, da setzte sich der katholisch-konservative Finanzminister Jean-Marie Musy in sein Büro und machte sich an die Ar-*

Schlechte Zeiten für Bankenbesitzer

Finanzplatz Solange der Steuerstreit weiterschwelt, findet die nötige Konsolidierung nicht statt

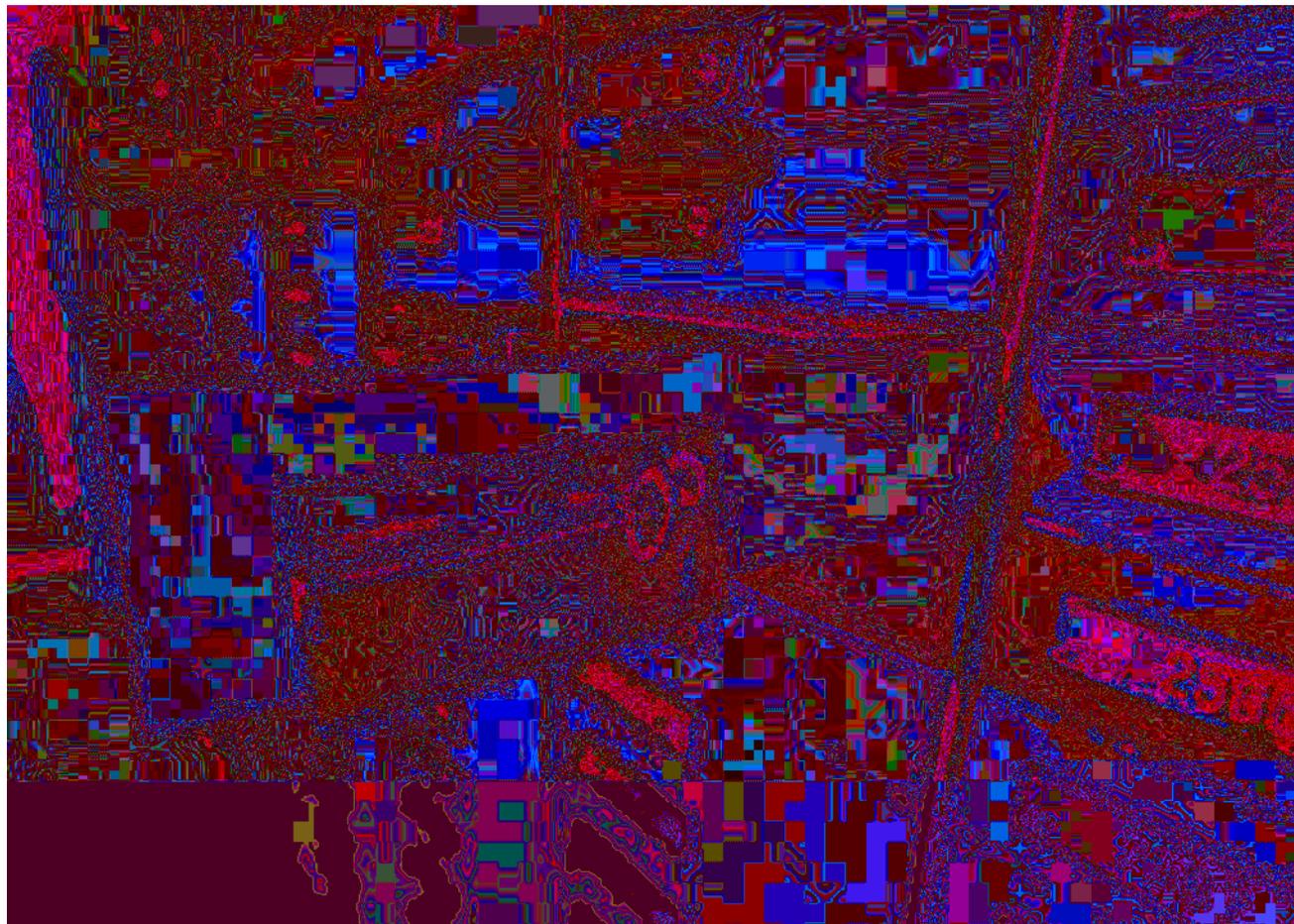
VON ROMAN SEILER

Der US-Steuerstreit zeigt: Das Risiko für eine Bank ist hoch, unversteuerte Gelder im grossen Stil anzunehmen. Das macht es schwierig, eine Privatbank zu verkaufen, die stark im Geschäft mit ausländischen Kunden ist. «Im aktuellen Umfeld übernehmen Finanzinstitute keine Privatbanken», sagt Ray Soudah, Gründer des auf Beratungsdienstleistungen bei Übernahmen und Fusionen in der Finanzbranche spezialisierten Unternehmens Millenium Associates.

Statt die Bank zu kaufen, sagt Ray Soudah, übernehmen sie die Kunden: «Der Käufer überprüft jeden einzelnen Kunden. So stellt der Akquisiteur sicher, dass er nur versteuerte Vermögenswerte annimmt.» Auch Patrick Schwaller, Partner und Bankenexperte beim Beratungsunternehmen Ernst & Young, sagt, früher sei

«Weil ein Käufer nur versteuerte Vermögenswerte annimmt, zahlt er einen höheren Preis.»

Ray Soudah, Berater



Sind die Vermögenswerte in Schliessfächern und Depots der Privatbanken versteuert, finden sich Käufer. KEY

es eher selten gewesen, dass Banken einen sogenannten «Asset Deal» gemacht haben und die einzelnen Kunden übernommen hätten: «Aufgrund der derzeit bestehenden Unsicherheiten betreffend Steuertransparenz, gehen Käufer vermehrt diesen aufwendigeren Weg.»

Die Käufer übernehmen dabei nur Kundenberater. Der Verkäufer muss sein Institut samt allenfalls verbleibenden Kunden selber liquidieren. Derzeit gebe es in der Schweiz zwei bis drei Deals, die so abgewickelt werden, so Soudah: «Weil ein Käufer auf diese Weise nur versteuerte Vermögenswerte annimmt, zahlt er dafür einen höheren Preis. Er beläuft sich auf 1 bis 1,5 Prozent der übernommenen Vermögenswerte.»

Zum Vergleich: Raiffeisen zahlte für die Vermögenswerte des gesamten Nicht-US-Geschäfts der Bank Wegelin nur 0,75 Prozent. Das liegt weit unter den drei bis vier Prozent, die einst für die Übernahme von Geldern im Private Banking bezahlt worden sind.

Abspaltung kaum eine Lösung

Die Preise brechen ein, weil die Margen schrumpfen. Das lukrativste Geschäft der Geldhäuser ist ein Auslaufmodell: unversteuerte Gelder von im Ausland wohnenden Kunden zu verwalten. Nun müssen die Altlasten bewältigt werden. So ist offen, wie viele Banken mit den USA wegen der Betreuung von Steueründern einen Deal abschliessen müssen.

Weist das Parlament die aktuelle Gesetzesvorlage zur Bewältigung des Steuerstreits mit den USA zurück, könnten weitere Banken angeklagt werden. Beim einen oder anderen kleineren Geldhaus das kompromittierte US-Geschäft abzuspalten wie im Fall der Bank Wegelin, mag einen Versuch wert sein. Fraglich ist nur: Findet man für den Rest einen Käufer? Wohl kaum – und schon gar nicht rasch. Denn ebenso unklar ist, wie viel unversteuertes Geld aus Europa in Depots hiesiger Banken steckt. Nicht ausgeschlossen werden kann, dass Nachbarstaaten der Schweiz weitere Verfahren gegen hiesige Finanzinstitute lancieren.

Zuerst muss eine Lösung der unversteuerten Altlasten in den Depots in Sicht sein, um wieder Geldhäuser zu übernehmen. Dazu kommt: Der Übergang zur Weissgeldstrategie erhöht die Kosten. Die Regulierung wird komplexer. Die Anforderungen an die Sorgfaltspflichten steigen – beispielsweise bei der Überprüfung der Steuerkonformität von Kunden.

Zum einen behindert dies die Konsolidierung. Zum anderen können kleinere Banken nicht mehr Kunden aus aller Welt betreuen. Sie fokussieren sich auf wenige Länder oder Regionen, sagt Schwaller: «Daher werden auch vermehrt Kundenportefeuilles von einzelnen Ländergruppen geund verkauft.»

«Lex USA»: Die Fronten sind klar

Die CVP hat an ihrer gestrigen Fraktionssitzung einstimmig Eintreten auf das Sondergesetz zur Beilegung des Steuerstreites mit den USA beschlossen. Die Grünen-Fraktion hat gleich entschieden. Damit sind die letzten Positionen für die Debatte heute im Ständerat geklärt. FDP, SVP und SP haben ihre ablehnende Haltung noch einmal bekräftigt.

FDP-Fraktionschefin Gabi Huber (UR) sprach von einem «eindeutigen, grossmehrheitlichen Entschluss». «Die FDP will eine Lösung mit den USA. Ein Eintreten des Parlaments auf das dringliche Bundesgesetz zur Lösung des US-Steuerstreits lehnt sie aber ab», sagte Huber. Die FDP bleibe bei ihrer Forderung, dass der Bundesrat eine Lösung auf Basis von Artikel 271 des Strafgesetzbuches («Verbotene Handlungen für einen fremden Staat») und ohne Notrecht herbeiführen soll. «Der Bundesrat kann das und er soll das tun», sagte Huber. Die Sitzungen der Wirtschaftskommission des Ständerats sowie weitere Informationen habe die FDP in ihrer Position bestärkt. Wie Huber weiter sagte, wurden die Mitglieder am Dienstag über die Eckwerte des Programms informiert. Es habe aber nichts Neues gegeben. «In dieser Information steht nichts, was uns nicht schon aus der Presse bekannt gewesen wäre», sagte Huber. In der Wirtschaftskommission des Nationalrats wollen die FDP-Vertreter einen Nichteintretensantrag einreichen, wie Huber ankündigte.

Die SP hatte bereits vor einer Woche Nichteintreten mit 29 zu 1 Stimme bei 6 Enthaltungen beschlossen. An dieser Position hat sich nichts geändert, weil die Ausgangslage nach wie vor dieselbe sei, sagte Fraktionschef Andy Tschümperlin nach der Sitzung. Wie die SP-Ständeräte heute abstimmen werden, wisse er nicht.

Die SVP teilte mit, sie werde nicht auf das Gesetz eintreten. Falls der Ständerat trotzdem eintrete, werde sie das Gesetz ablehnen. Die Schweiz dürfe ihre rechtsstaatlichen Grundsätze nicht über Bord werfen und ihr Recht nicht temporär ausser Kraft setzen. (SDA/DK)